

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abzugspreis: 33 Pfennig 40 Wochenlang. Die Wochennummer kostet 10 Pfennig. Bei Nicht-Erscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Pfennig, die Reklamzeile 25 Pfennig. Bei längerer Anzeigendauer innerhalb 8 Tagen. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Dr. 23.

Altensteig, Mittwoch den 28. Januar.

Jahrgang 1923

Die Antwort an die Alliierten.

WTB. Berlin, 27. Jan. Die Antwort der Reichsregierung auf die Resolution der Alliierten in der Räumungsfrage wurde heute vormittag den alliierten Vertretern übergeben. Sie lautet:

Herr Botschafter:

In der dem Reichskanzler am 26. Jan. überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einsehen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen Note vom 6. Jan. einzugehen. Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note vom 6. Jan. angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung der Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie ebenso wie früher die möglichste Beschleunigung dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung die Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrags entgegenzuhalten und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehenen Voraussetzungen für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe. Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die die für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis über das Tatsachenmaterial, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefassten Beschluß begründen wollen. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrags beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die alliierten Regierungen ziehen aus der einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgen und lehnen es in ihrer neuen Note deshalb bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten. Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr Verkennung der Tragweite der Art. 428 u. 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestritten nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10.1.25 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tatsache der völligen Entvassnung Deutschlands ist zu offenkundig, als daß die alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertragsmäßigen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stand der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite der Artikel 428 und 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die in dem Artikel 429 vorgesehene etappenweise Räumung eine von ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung Deutschlands darstellt. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrags widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß diese Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind als diejenigen des Artikels 428. Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbareren politischen Zusammenarbeit gestattet es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzungen für eine Verständigung und für eine Beilegung des entstandenen Konfliktes schaffen.

Sege in der französischen Kammer

Paris, 27. Jan. In Anwesenheit von zunächst nur 20 Abgeordneten und Herriot wird die Kammerdebatte über das Budget des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten fortgesetzt. Abg. Fabry von der demokratischen Linken erklärt, die Alliierten hätten klug gehandelt, daß sie Köln weiter besetzt hielten. Er sei bereit, zu beweisen, 1. daß Deutschland imstande sei, eine große Armee zu mobilisieren und 2., daß es überhaupt kein Mittel gebe, Deutschland dahin zu bringen, daß es abrüfte.

Der ehemalige Kriegsminister Maginot unterstützte die Ausführungen des Redners und verlas Stellen einer Rede, die anfang 1922 von Gehler im Reichstag gehalten wurde und in der er in gebieterischen und nahezu provokatorischen Ausdrücken den Bericht der Kontrollkommission gefordert habe. Er betont, daß die Kontrollkommission nicht in nützlicher Weise funktionieren könne, daß es besser sei, sie zurückzuberufen, als von ihr zu verlangen, ihre Aufgabe unter den jetzigen Umständen weiterzuführen.

Hier greift Herriot in die Debatte ein. Er appelliert an das Berufsamtsgeheimnis, um die Forderung nach Veröffentlichung von Angaben über die Arbeitsmethoden der Kontrollkommission zurückzuweisen. Ebenso könne man die Kontrollkommission zurückkommen lassen.

In der Nachmittags Sitzung der Kammer erinnerte Herriot daran, daß man auf der Konferenz von Boulogne Deutschland gestattet habe, seine Polizei um 50.000 Mann zu erhöhen. Er erklärte, diese Unvorsichtigkeit sei die Quelle der Schwierigkeiten geworden, auf die man später gestoßen sei. — Als darauf der Abg. Fabry das Vorgehen der vorangegangenen Regierung in Boulogne zu rechtfertigen versuchte, brachte der Ministerpräsident die Frage des jüngst veröffentlichten Geheimdokuments des Generals Sarrail über die deutschen Rüstungen zur Sprache. Er gab seinem Bedauern Ausdruck, daß vertrauliche Dokumente aus den Archiven des Kriegsministeriums und des Ministeriums des Innern veröffentlicht werden konnten. Für derartiges könne er die Verantwortung nicht übernehmen. Keine Regierung werde ein derartiges Regime des Betrugs dulden.

— Abg. Fabry sprach dann über den Geisteszustand, der augenblicklich in Deutschland herrsche und der ihn sehr beunruhige. Er erklärte, die Besetzung des Rheins sei das einzige Mittel, das Frankreich übrig bleibe, um wenigstens eine relative Sicherheit zu gewährleisten.

Neues vom Tage.

Der Aufwertungsausschuh des Reichstages

Berlin, 27. Jan. Im Aufwertungsausschuh des Reichstages gab der neue Reichsjustizminister Franken eine programmatische Erklärung ab: Als bald nach Verkündung der 3. Steuernotverordnung hat das Reichsgericht ihre Rechtsgültigkeit eingehend geprüft und ausdrücklich festgestellt. Gleichwohl wurde die Verordnung auch noch in neuerer Zeit vielfach als ungültig bezeichnet und mehrfach sind die Gerichte über die Entscheidung des Reichsgerichtes hinweggegangen. So sind Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Aufwertungsverordnungen wachgerufen. Ferner haben in neuerer Zeit das Reichsgericht und das preussische Kammergericht sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Ermächtigung des Paragraphen 84 der 3. Steuernotverordnung für einzelne von der Reichsregierung erlassene Durchführungsbestimmungen, die in untrennbarem Zusammenhang mit der Hauptverordnung stehen, keine ausreichende Rechtsgrundlage bilden. Unter diesen Umständen entschloß sich die Reichsregierung, den Reichspräsidenten zu empfehlen durch eine auf Grund des Artikels 48 der Verfassung zu erlassende Verordnung die 3. Steuernotverordnung auf eine neue zweifelsfreie Rechtsgrundlage zu stellen mit dem Ziele, wenigstens einen einstweiligen Rechtszustand zu sichern. Die in der Öffentlichkeit dagegen erhobenen Rechtsbedenken teilt die Reichsregierung nicht. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die endgültige Lösung des Aufwertungsproblems nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung gefunden werden kann. Eine Regierungsgewalt zur Ergänzung der 3. Steuernotverordnung ist in Vorbereitung. Die Vorarbeiten sind so weit vorgeschritten, daß die Reichsregierung die Einführung bei den gesetzgebenden Körperschaften in die nächste Aussichtsphase kann. Die nächste Beschleunigung ist Sorge getragen.

Reichsfinanzminister von Schlieben betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung, damit die Wirtschaft in der Folge von Beunruhigungen durch die Aufwertungsfrage verschont bleibt. Dabei müsse auch der sozialen Gerechtigkeit Genüge geschehen. Ihre Grenze finde diese Rücksicht an dem Wohl der Gesamtwirtschaft, das den Interessen des Einzelnen vorangehe; aber es werde und müsse ein Mittel gefunden werden. Bei den öffentlichen Anleihen denke er sich die Aufwertung so, daß mit in erster Reihe die bedacht werden, die dem Reiche in der Zeit der Not mit ihrem Gelde beigetragen seien, und unter diesen müßten wiederum die Bedürftigen bevorzugt werden. Große Schwierigkeiten bereite die Unterscheidung zwischen altem und neuem erworbenem Anleihebesitz. Man hoffe aber jetzt, einen Weg gefunden zu haben, der für die Banken gangbar sei.

Die deutsche Verwahrungsnote

Berlin, 27. Jan. Die deutsche Antwort auf die letzte Kölner Zwischennote der Botschafter ist Dienstagvormittag fertiggestellt und überreicht worden.

Kirchenwahlen in Preußen

Berlin, 27. Jan. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen wurden in den 21 Berliner eingemeindeten Gemeinden, in denen Kirchenwahlen stattgefunden haben, 864 postfide, 396 liberale, 41 Mitglieder der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft und 10 Mitglieder der volkskirchlichen evangelischen Vereinigung gewählt. In Brandenburg, Pommern, im Rheinland und in der Provinz Sachsen waren ebenso wie in Berlin in den meisten Gemeinden Einheitslisten aufgestellt, jedoch ein besonderer Wahlgang nicht stattgefunden braucht. Überall ist ein starkes Anwachsen der weiblichen Vertreter zu verzeichnen.

Richtlinien für Auslandskredite

München, 27. Jan. Im Staatshaushaltsausschuh des bayerischen Landtags teilte bei Beratung des Handelssetats Handelsminister Dr. v. Meinel mit, daß die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Ländern über die Aufstellung von Richtlinien für die Aufnahme von Auslandskrediten durch die Länder zu einer Einigung geführt hätten. Es sei damit zu rechnen, daß die jetzige Notenordnung, die am 31. Januar ablaufe, nicht mehr erneuert werde. Weiter teilte der Minister mit, daß zurzeit mit Berlin darüber verhandelt werde, die Deutschen Werke in Amberg, Ingolstadt und München auf eine andere Grundlage zu stellen. In der Kartellfrage solle beim Reich eine Änderung der Bestimmungen beantragt werden.

Dampfessel als „Kriegsmaterial“?

Berlin, 27. Jan. Der „Lokalanzeiger“ meldet aus London: Es wird halbamtlich bekanntgegeben, die Konferenz der Botschafter der Verbandsmächte in Paris habe die deutsche Regierung gewarnt, daß ein Verfahren gegen sie eingeleitet würde, wenn die Firma Krupp nicht sofort das Angebot zurückziehe, das sie der argentinischen Regierung zur Lieferung von Kesseln für die neuen Torpedoboote gemacht habe. Die Botschafterkonferenz sehe in dem Angebot einen Bruch des Teiles des Versailler Vertrages, der Deutschland verbietet, Kriegsmaterial ohne besondere Erlaubnis der Verbündeten herzustellen.

Die Schuldenjorgen in Frankreich

Paris, 27. Jan. Im Verlaufe eines Kabinettrates wurde die Frage der interalliierten Schulden behandelt. Nach dem „Matin“ wurde beschlossen, daß Herriot im Verlaufe der Debatte über das Budget für auswärtige Angelegenheiten hierüber eine Erklärung abgegeben werde. Es sei klar, daß die Regierung im Augenblick nur schwer über das hinausgehen könne, was Finanzminister Clementel in seinem Memorandum an die amerikanische Regierung mitteilte. Als die offiziellen Verhandlungen eingeleitet worden seien, sei nur von einer einfachen Anerkennung der französischen Schulden bei den Vereinigten Staaten die Rede gewesen. Auf Grund dieser Anerkennung sollte Frankreich ein Remorandum von etwa 10 Jahren erhalten, ehe die Rückzahlungsbedingungen festgelegt würden. Der französische Finanzminister habe darauf einen Zahlungsplan entwickelt, der sich auf 19 Jahre erstreckt und progressiv Zinsen vorsehe.

Bersäumen Sie nicht

auf 1. Februar die Schw. Tageszeitung „Aus den Tannen“ zu bestellen!

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 27. Jan.

Der württ. Landtag trat am Dienstag wieder zusammen. In der laufenden Sitzungsperiode soll vor allem der Etat für 1924 verabschiedet werden. Präsident Körner eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er ausführte: Wir nehmen im neuen Jahre unsere Arbeit im Plenum des Württ. Landtages wieder auf und hätten dies mit weniger Sorge für die Zukunft tun können, wenn am 10. Januar ds. Ja. die Hoffnung des deutschen Volkes auf den endlichen Beginn der Räumung deutscher Lande von fremden Besatzungen erfüllt und der vertragsmäßige Zustand herbeigeführt worden wäre. Trotzdem von den zuständigen deutschen Stellen darauf hingewiesen wurde, daß die weitere Befreiung von Köln und der ersten Rheinlandzone unter Umständen Folgen nach sich ziehen werde, die nicht nur vom deutschen, sondern vom gesamteuropäischen Standpunkt aus gefährlich erscheinen, ist die Räumung durch die Alliierten nicht erfolgt. Auch der Württ. Landtag als Vertreter des württ. Volkes gibt seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß die vertragsmäßigen Zulagen nicht eingehalten wurden, und daß die alliierten Mächte, die doch wahrhaftig von dem wehrlos gemachten Deutschen Reich nirgends bedroht sind, die Verträge, die sie durch ihre Unterschrift anerkannten, aus nichtigen Gründen verweigern und zu einer Politik der Gewalt zurückkehren, die das deutsche Volk durch seine Opfer überwunden zu haben glaubte.

Nach Beantwortung verschiedener kleiner Anfragen durch den Regierungskommissar Köhlin wurde das vorläufige Staatshaushaltsgesetz bis 15. Februar ohne Aussprache verlängert, der 5. Ratstag hierzu zurückgestellt. Ueber die ersten Kapitel des Etats berichtete Abg. Strübel. Hierauf sprach Dr. Elsas (Dem.) allgemeine Fragen über die Stellung der Opposition zur Regierung und übte teilweise scharfe Kritik an dem Staatspräsidenten und einzelnen Regierungshandlungen. Das Zentrum habe sich vom Marxismus zum Luthertum bekehrt. (Heiterkeit.) Abg. Andre (S.) meinte, das sei ein alter Witz und regte an, den Untersuchungsausschuß zum Fall Hilbenbrand nicht einzusetzen. Er behandelte die Regierungsfrage in Württemberg. Die Demokratie habe das Zentrum böse verlassen, deshalb sei auf Grund des Wahlergebnisses vom Mai eine Regierung mit den Deutschnationalen auf Grund der Mehrheitsbildung erfolgt. Staatspräsident Basille verwahrte sich gegen die Angriffe von Elsas und führte die täglichen Fortwörter auf tatsächliche Grundlagen zurück. Wenn es sich um Angriffe auf seine politische Ansicht handelte, hätte er gelchwiegen, da es aber gegen seine Amtstätigkeit gehe, müsse er sich rechtfertigen. Er beleuchtete dann den bekannten Artikel „Der Staatspräsident und die Demokratie“ vor den Wahlen, die Zusammenstöße im Finanzausschuß mit Dr. v. Hieber.

Aus Stadt und Land.

Mittensteig, 28. Januar 1925.

* **Uebertragen** wurde die Stelle eines Obersekretärs der Befoldungsgruppe VII bei dem Staatsrentamt Bannung des Notariatspraktikanten Wöbner in Hirsau (Mittensteig.)

* **Der erste Schneefall**, der gestern in diesem Jahre zu verzeichnen war, wurde überall im Lande mit Freuden begrüßt. Die Freude war aber nur von kurzer Dauer, denn heute sieht man keine Spur mehr von Schnee.

* **Wildberg**, 27. Jan. (Beerdtigung.) Unter großer Trauerbegleitung fand am Montag hier die Beerdtigung des im 84. Lebensjahr verstorbenen Fabrikanten Gdr. P. Kau statt. Der Verstorbene war bis in sein hohes Alter körperlich und geistig frisch und erfreute sich eines hohen Alters. Von Stammheim O.A. Calw, wo er eine mech.

Verkhätte hatte, siedelte er hierher, wo er die Klostermühle erwarb und sie für seinen Betrieb umstellte. Es entstand ein schöner Fabrikbetrieb, besonders durch einen 1913 erfolgten Neubau und dadurch, daß das Fabrikat Kau sich durch Solidität auszeichnete und sich eines guten Rufes erfreute. Neben der Sorge um seinen Betrieb widmete sich der Verstorbene besonders dem kirchlichen Leben. Dat der Verstorbene auch in seinen Söhnen, die ihm längst die Bürde des Geschäfts abgenommen haben, einen tüchtigen Nachwuchs hinterlassen, so sah man doch den alten beliebten Herrn der Firma bei dem Personal und in der Gemeinde nur mit Trauer aus diesem Leben scheiden.

* **Calw**, 27. Jan. Der Bezirk war in der Landeskirchensammlung durch Fabrikant Blank vertreten. Auch neuer ist wieder ein weltlicher Abgeordneter zu wählen. Von verschiedenen Seiten besonders aus den Kreisen der Gemeinschaften ist Blank wieder aufgefördert worden, als Bewerber aufzutreten. Blank war im Jahr 1919 der Vertrauensmann der Gemeindeführer, die überall mit regem Eifer für ihn eintraten. Für seine Wahl waren besonders auch manche Stundenpforter tätig, jedoch in den Waldorten teilweise nur die Wahlzettel für die streng kirchliche Richtung, die für die freiere Richtung aber nicht zur Verteilung in die Häuser kamen. Den Waldorten hatte Blank seine Wahl zu verdanken, während die Talgemeinden und die Gläubiger eine Mehrheit für die andere Richtung angaben. Blank hat sich in der Kirchensammlung stets im Interesse der Kirche angelegen sein lassen; er hat sich öfters und mit Gehör an den Verhandlungen beteiligt und seine Aufgabe voll erfüllt. Nun kommt die seltsame Nachricht, daß manche Gemeindeführer einer anderen Richtung eine Gegenkandidatur aufstellen wollen und zwar aus Befürchtung, Blank gehe zu weit mit der Süddeutschen Vereinigung, die die Freikirchen begünstigt. Blank ist bekanntlich einer der Leiter der Süddeutschen Vereinigung. Wie es scheint, wollen die Gemeindeführer nicht mehr geschlossen für Blank eintreten. Ob die Kandidatensuche Erfolg haben wird, wissen wir nicht, aber sicher ist, daß sich nicht viele Personen zu einer Kandidatur hergeben werden.

* **Stuttgart**, 27. Jan. (Ehrung für Weidmann Dr. Brudmann.) Die Demokratische Partei Groß-Stuttgart hielt im Bürgermuseum eine Feiertag zu Ehren des 60. Geburtstages des Landespartei-Vorsitzenden, Geh.Rats Dr. Brudmann, die Kraft besetzt war. Johannes Fischer begrüßte als Leiter des Abends den Jubilar. Abg. Dr. Elsas hielt die Festrede, die den Politiker, Industriellen und Künstler feierte. Ehrer und Lammle feierten Brudmann in gebundener Rede, Fr. Lepmann begrüßte ihn namens der Frauengruppe, Holz namens der Jugend. Geh.Rat Dr. Brudmann dankte in humorvollen Worten.

* **Jugosi-Edelmesse**. Die 12. Jugosi-Edelmesse findet vom 13. bis 17. Februar statt. Die ruhige Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und die berechtigte Aussicht auf ihre weitere Festigung werden Käufer und Verkäufer ermuntern, dieser berühmt gewordenen Fachmesse die größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Sie wird auch diesmal der unentbehrliche Großmarkt für jeden rührigen Interessenten werden.

* **Wieder aufgetaucht**. Ende November o. Ja. war der Kommunist Bohla aus einer Zelle des Katharinenhospitals entwichen. Er war wegen Landesverrats verhaftet. Die kommunistische Presse behauptete, man habe ihn „befreit“ und man hörte von einem Leichenwagen, der das Katharinenhospital zu ungewohnter Stunde durch ein hinteres Tor verlassen habe. Amtlichseits wurde der Fall mit Entweichen aufgeklärt. Seit einiger Zeit betätigt sich nun Bohla im Reichsrat, in dem er durch die Reichsliste kam. Die amtlichen Feststellungen haben somit ihre Befätigung gefunden.

* **Sonthelm**, O.A. Hellsbrunn, 27. Jan. (Aussperrung.) Die Firma Koss u. Co. hat Jnen größeren Teil ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen aussperrt.

* **Tübingen**, 27. Jan. (Ein schwarzer Storch.) Im Stelm-lachial wurde ein schwarzer Storch geschossen. Im Interesse des Heimatschutzes ist das Abschießen durchgehender seltener Vögel zu beklagen.

* **Groß-Sachsenheim**, 27. Jan. (Selbstmord.) Aus noch unbekannter Ursache brachte sich ein 24jähriger Bauernsohn einen Schuß in den Kopf bei, was nach einer halben Stunde den Tod zur Folge hatte.

* **Mariazell**, O.A. Oberndorf, 27. Jan. (Brand.) Im nahen badischen Dorf Weiler, Amts Billingen, brannte das Anwesen des B. Wöbner bis auf den Grund nieder. Vieh und Fahrnis konnte größtenteils gerettet werden. Die Ursache des Brandes ist zweifellos Kurzschluß. Der Besitzer ist ungenügend versichert. Vor 20 Jahren brannte ihm am gleichen Plage sein Heim nieder und in den 60er Jahren legte ein Brand das Haus seiner Eltern in Asche.

* **Geidenheim**, 27. Jan. (Bermühtige Ansichten.) In einer Sitzung des Gemeinderats wurde die Absicht geäußert, in der Rothstedlung eine Wirtschaft zu errichten. Die 279 Wahlberechtigten der Seidlung wurden um ihre Meinung gefragt. 241 haben gegen eine Wirtschaft, nur 10 für eine solche gestimmt. Dagegen wurden bessere Wege, eine Mehrgerei und eine Kinderschule gewünscht.

* **Tuttlingen**, 27. Jan. (Streik.) Seit Samstag sind die Werkzeugmacher der A.G. für Feinmechanik und die Schmiede der Firma Huber und Pinf, zusammen etwa 300 Mann, in den Ausstand getreten.

* **Schramberg**, 27. Jan. (Ertrunken.) Montag früh wurde der 19 Jahre alte Kaufmann Walter Haas im Sammelweiher der Firma Gebr. Junghaus an der Straße nach Lauterbach ertrunken aufgefunden.

* **Hall**, 26. Jan. (Ein Pferdedieb.) Der 37 Jahre alte verheiratete Fuhrmann Gottlob Kurz von Kupferzell O.A. Dehringen wurde wegen zwei Verbrechen des einfachen Diebstahls im Rückfall zu der Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt.

* **Serrensbach**, 27. Jan. (Kraftwerk.) Um genügend elektrische Kraft zu erzeugen, beabsichtigt die Stadtgemeinde, die Wasserkräfte der Alb bestmöglichst auszunutzen durch Anlegen eines neuen Stauewehres und eines Speicherbeckens, sowie durch ein in der Nähe des Ortsweges zu erstellendes Kraftwerk.

* **Erberg**, 27. Jan. (Eisport.) Der schneearme Winter hat den Eisport wieder in den Vordergrund gerückt. Vom 7.—8. Febr. finden hier die Verbandswettläufe statt, zu denen namhafte Läufer aus Berlin, Dresden, München und Stuttgart angemeldet sind.

Die Lehrerbildung in Württemberg

Das Staatsministerium hat dieser Tage im Finanzausschuß den Stand der Lehrerbildungsfrage vorgetragen. Dabei hat Staatspräsident Basille bemerkt, die Ausführungen sollten gleichzeitig die Grundlage für eine öffentliche Besprechung der Frage bilden. Die Regierung werde bestimmte Anträge an den Landtag erst stellen, nachdem alle Kreise des Volkes Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten hätten.

Die Gesichtspunkte, die die Entscheidung bestimmen, ergeben sich aus den nachfolgenden Darlegungen der Berichtserfasser des Kult- und Finanzministeriums. Ministerialrat Dr. Löffler führte u. a. aus: Die Lehrerseminare haben durch zeitweilige Sperrung nur noch etwa die Hälfte der Klassen. Die bisherige Lehrerbildung, die sich im wesentlichen in den Formen einer mit dem 13. oder 14. Lebensjahr einsetzenden Fachbildung vollzog, hat vor allem den Nachteil, daß sie abseits liegt von der Bildungsbahn der sonstigen wissenschaftlich gerichteten Berufe und daß sie die jungen Menschen zu früh zur Entscheidung über die Berufswahl zwingt. Ein weiterer Mangel ist die zu enge Verbindung der Allgemeinheit mit der besonderen Berufsbildung, die bei der Fülle der Aufgaben es unmöglich macht, in der Zeit von sechs Jahren und in der äußeren Form der Seminarbildung das wünschenswerte Ziel zu erreichen. Die Erkenntnis der

Ingeborg.

Roman von Fr. Lehmann.

Uebersetzung durch Stuttgarter Romanzentrale G. Adersmann, Stuttgart.

Er hatte recht — sie brauchte sich wirklich nicht zu einem verhassten Berufe zwingen zu lassen!

Lange ging es überhaupt nicht mehr so weiter, das fühlte sie genau; ihr Gesundheitszustand litt schon unter den fernlichen Aufregungen und Kämpfen. Und immer tauchte Stenochs lachendes hübsches Reitergesicht vor ihr auf — und gerade dann, wenn sie am meisten der Sammlung bedurfte!

Ingeborg sah an ihrem Arbeitstisch, den sie vor das offene Fenster gerückt hatte. Warm und lockend schien die Lichterkerze zu ihr herein und nahm ihr noch das letzte Restchen Arbeitstark. Unglücklich nagte sie an ihrem Federhalter und blinnte auf das Gestir vor ihr, das nur erst wenige Zeilen zeigte, die aber auch schon durchgestrichen waren; das ausgegebene Thema zu dem Aufsatz war ihr sehr unkompatibel; kein Wunder daher, daß sie nicht von der Stelle kam!

Mit einem lauten Seufzer warf sie den Federhalter hin und schüttelte den Kopf in beide Hände, sich ihren Gedanken überlassend.

Ihre Lippen formten einen Namen. „Dietrich“ hauchte sie. Erichsdens blickte sie sich da um, hatte es wohl jemand gehört? — Nein, sie durfte nicht denken — wohin führte das?

Entschlossen stand sie auf und nahm aus ihrem Bücherschrank ein Buch, das versteckt hinter den anderen lag. Es war „Gedda Gubler“.

Anfangs blätterte sie zögernd darin herum, schließlich aber vertiefte sie sich in seinen Inhalt; sie las und las mit heißen Wangen, ihre Arbeit gänzlich darüber vergessend, trotzdem sie dringend war.

Ab und zu blinnte sie auf und sann eine Minute vor sich hin. Dann sah sie sich in Gedanken die „Gedda“ auf der Bühne darstellen.

Sie war jetzt so der Außenwelt entrückt, daß sie ganz das Öffnen der Tür überhört hatte. Schließich schreckte sie zusammen, als sie ihren Vater unvermutet vor sich stehen sah. Unwillkürlich suchte sie das Buch, in dem sie gelesen, zu verbergen; aber er verhinderte ihr Vorhaben, indem er die Hand darauf legte.

„Ich wollte mich einmal nach dem Stande Deiner Arbeit umsehen, mein Kind“, sagte er. „Du scheinst ja bereits fertig zu sein, das freut mich! Denn sonst würdest Du ja noch nicht nach Privatlektüre gegriffen haben. — Laß einmal sehen!“

Mit niedergeschlagenen Augen, einer erlappten Sündlerin gleich, stand sie vor dem Vater.

Pastor Elzath war verwachsen; aber auf seiner höflichen Gestalt sah ein Kopf, dessen Bedeutung man sich nicht entziehen konnte. Die hohe, schön gebildete Stirn zeugte von intensiver Geistesarbeit; die Nase war sehr regelmäßig; ein grauer, wohlgepflegter Bart bedeckte den unteren Teil seines Gesichtes, das einen strengen, verbitterten Ausdruck hatte. In den Linien des Gesichtes und in den großen blauen Augen lag viel Rehnlichkeit mit der Tochter.

„Nun, weshalb zögerst Du, mir Deine Arbeit zu zeigen? — Wenn sie nicht gut ist, so hast Du ja genügend Zeit, die Fehler noch zu verbessern.“ Mit durchbohrendem Ausdruck ruhten seine Augen bei diesen Worten auf der Tochter.

Ingeborg gab sich einen Ruck. Sie wollte ein Herz fassen, wollte ihm sagen, was sie der Mutter schon unter tausend Tränen geklagt — daß sie nicht weiter könne!

„Ich bin nicht fertig, Vater —“, sagte sie leise.

„Nicht? — und trotzdem verbringst Du Deine kostbare Zeit mit Lektüre — mit solcher unnützen Lektüre, die nur Gift für Dich ist — und natürlich eine Komödie!“

Drohend schwallt seine Stimme an, und heftig warf er das Buch auf den Tisch — „so also beachtest Du mein Gebot! Zur Strafe darfst Du Dein Zimmer nicht früher verlassen, bis der Aufsatz fertig ist. Dr. Knüller hat sich erst gestern wieder schwer über Dich beklagt, wie minderwertig Deine Leistungen geworden sind; er bezeugt, daß Du Oftern unter diesen Umständen überhaupt Dein Examen bestehen wirst!“

Da warf sie trotzig den Kopf zurück.

„Das will ich gar nicht, Vater!“

„Nicht?“ — Er trat ganz dicht vor sie hin; sie wich ihm aber nicht aus und hielt furchtlos seinem Blick stand.

„Nicht? — höre ich recht?“

„Ja, Vater“, entgegnete sie. „Du hast Dich nicht gehört — ich kann nicht weiter.“

„Sage lieber, Du willst nicht.“

„Nimm auch das an, wenn Du magst!“

„Und das wagst Du mir so ruhig ins Gesicht zu sagen?“

„Warum nicht? — Ist es nicht besser, als daß ich lüge? — Ich kann nicht mehr, Vater!“ bittend kostete sie nach seiner Hand. „Vater, ich flehe Dich an — erlasse mir den Bescheid des Seminars; melde mich ab — und ich will Dir ewig dankbar sein!“

(Fortsetzung folgt.)



Mängel der bisherigen Lehrerbildung, das Nebeneinander ihrer Nachteile gegenüber finanziellen Vorzügen führt zu der Forderung, den Bildungsgang der Volksschullehrer von der Allgemeinheit zu trennen, die Gesamtbildungszeit zu verlängern und einen Zusammenhang mit der Bildungsbahn der übrigen auf höheren Schulen Gebildeten herzustellen. Deshalb ist die historische gewordene Organisationsform schon seit nahezu 50 Jahren angefochten und es sind im wesentlichen zwei neue Formen, die man an ihre Stelle zu setzen wünscht. Beiden gemeinsam ist die Forderung, daß die künftigen Volksschullehrer die höhere Schule bis zur Reifeprüfung zu besuchen haben. Die eine wünscht, sobald die Fachausbildung an die Hochschule zu verlegen, während die andere auf die Errichtung fachlicher Lehrerbildungsanstalten (pädagogischer Institute) abzielt, in denen der Unterricht in hochschulmäßiger Form erteilt wird. Nach der Reichsverfassung soll die Lehrerbildung nach den Grundsätzen geregelt werden, die für die höhere Bildung allgemein gelten. Da das Reich bisher darauf verzichtet hat, ein Gesetz über die Lehrerbildung einzubringen, so ist es Sache der Länder, diese Aufgabe zu lösen. Eine Reihe von deutschen Ländern sind darin bereits vorangegangen. In Thüringen, Sachsen und Hamburg haben die künftigen Lehrer nach der Reifeprüfung ihr Fachstudium an der Hochschule zu erledigen. Hessen beabsichtigt, in Verbindung mit seinen Hochschulen pädagogische Institute zu gründen. Baden scheint denselben Weg beschreiten zu wollen. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, daß künftig die Volksschullehrer ihre allgemeine wissenschaftliche Ausbildung an höheren Lehranstalten erhalten sollen; die Fachausbildung soll an pädagogischen Instituten, die nicht mit Hochschulen in Verbindung stehen, vollzogen werden. Für die württembergischen Verhältnisse erscheint es in Anlehnung an die preussischen Pläne am zweckmäßigsten, eine an die Reifeprüfung anschließende zweijährige Fachausbildung auf besonderen staatlichen Lehrerbildungsanstalten oder pädagogischen Instituten einzurichten, die mit Realschulen verbunden sind, in denen der Unterricht in hochschulmäßiger Form erteilt wird. Die Verlegung der pädagogischen Ausbildung an die Universität oder Technische Hochschule kann nicht in Betracht kommen, weil bei einer zweijährigen Dauer dieser Ausbildung von einem Studium im eigentlichen Sinne nicht gesprochen werden kann und weil die Bildungsarbeit an der Hochschule ein ganz anderes Ziel verfolgt und in anderer Richtung verläuft, als es die Berufsaufgabe der Volksschullehrer erfordert. Da die Volksschulen in Württemberg konfessionell getrennt sind, so sind die pädagogischen Institute konfessionell zu gestalten. Sie stehen auch den Kandidatinnen für das Lehramt an Volksschulen offen. Das pädagogische Institut ist im wesentlichen eine pädagogische Bildungsanstalt, deren Hauptaufgabe es ist, die Persönlichkeit zu vertiefen, in die grundlegenden Wissenschaften des Berufs eines Lehrers und Erziehers einzuführen und die Methodik der Volksschullehrer theoretisch und praktisch zu lehren; fachwissenschaftliche Studien um ihrer selbst willen sind nicht zu betreiben. Pädagogik ist eine gewisse bescheidene Erweiterung der in den wissenschaftlichen Fächern auf der höheren Schule erworbenen Kenntnisse notwendig. Auf evangelischer Seite wären zwei Institute notwendig, die an Stelle der Lehrerseminare in Ulm und Heilbronn zu errichten sind, auf katholischer Seite ist ein solches in Gmünd vorgesehen. Diese Form der Lehrerbildung stellt zugleich auch den erwünschten Zusammenhang mit der Ausbildung der übrigen Lehrer her, stellt die höhere Schule in einen größeren Zusammenhang und bringt sie in eine engeren Verbindung mit der Volksschule.

Die übrigen Seminare sind entweder alle oder zum größten Teil in höhere Schulen umzuwandeln. Diese höheren Schulen dürfen aber nicht in derselben Weise eingerichtet werden, wie die bis jetzt vorhandenen Vollanstalten. Man muß sie vielmehr so gestalten, daß sie den Kindern des ländlichen Landes und der Kleinstädte, die keine Gelegenheit haben, eine grundständige höhere Schule zu besuchen, oder bei denen Reizung und Begabung für eine höhere Bildung sich erst später entwickeln, die Möglichkeit bieten, noch im 13. und 14. Lebensjahr in eine höhere Schule einzutreten. Es müssen also höhere Schulen geschaffen werden, die mit Schülerheimen verbunden sind und die Form der Aufbauschule haben. Sie führen in sechsjährigem Lehrgang zur Reifeprüfung und bilden für begabte Kinder eine geradlinige Fortsetzung der Volksschule bis zum Ziel der übrigen höheren Schulen. Welchen Bildungsinhalt diese Aufbauschulen, die in anderen Ländern schon seit einigen Jahren eingerichtet sind und sich gut bewährt haben, bekommen sollen, ist eine Frage zweiter Ordnung. Soweit sie den Bildungsinhalt und das Bildungsziel der schon bestehenden höheren Schulen haben, verleihen sie auch die Berechtigung zum Hochschulstudium. Bei der Entscheidung darüber, welche Arten von Aufbauschulen an Stelle der Seminare geschaffen werden sollen, werden die betreffenden Gemeinden, die natürlich auch finanziell beteiligt werden müssen, ein Wort mitzusprechen haben. Im Frühjahr 1925 sollten erstmals Schüler in die Aufbauschule auf Grund einer freigenommenen Aufnahmeprüfung, bei der die Begabten ausgewählt werden, aufgenommen werden. Die Einrichtung der pädagogischen Institute dagegen wird nicht vor dem Frühjahr 1929 notwendig.

Die Umwandlung der Seminare in pädagogische Institute und Aufbauschulen erfordert keinen Mehraufwand. Auch die Ausbildungskosten für die einzelnen Kandidaten für den Volksschulberuf werden nur wenig höher werden, als bisher beim Besuch des Lehrerseminars. Dagegen ist anzunehmen, daß später, d. h. frühestens vom Jahr 1933 ab, ein Mehraufwand entsteht, weil die besser ausgebildeten Lehrer auch entsprechend höher in die Besoldungsordnung einzufügen sind. Die Lage der Seminare erfordert eine rasche Entscheidung. Sie ist nicht nur für das Schulwesen, sondern auch für das ganze Volkswesen von einschneidender Bedeutung. Sie ist schwierig, da es sich nicht um eine reine Bildungsfrage handelt, sondern politische und finanzielle Gesichtspunkte hineinspielen.

Ministerialrat Müller von Finanzministerium führte aus: Das Finanzministerium hat sich nicht davon überzeugen können, daß der bisherige Bildungsgang der Volksschullehrer so unzulänglich sei, daß er zu einer grundsätzlichen Veränderung zwingt. Die heutige Lehrerbildung läßt sich durch Reformen verbessern. Der Hinweis auf die Reichsverfassung kann nicht durchschlagend sein. Diese und andere Bestimmungen der Weimarer Verfassung haben außer Acht gelassen, daß zu ihrer Durchführung gewaltige Geldmittel nötig wären, die man durch weitere Steuern aus der Bevölkerung herauslösen müßte. Wenn in anderen Ländern beschloffen wurde, daß aus der entsprechenden Neuregelung keinerlei Mehraufwand entstehen dürfe, so wird ein solcher Beschluß unhaltbar sein. Kein Staat kann die gesundheitlichen Folgen aus der Zumutung erhöhter Ausbildungskosten und den größeren dienstlichen Anforderungen abweisen. Wenn man für die Zukunft mit einer nicht aufzuhaltenden Eingruppierung der Lehrer in die Gruppen 9 und 10 der Besoldungsordnung rechnet, so wird eine Besoldungsmehrfachung von etwa 8 Millionen Mark aus diesem Anlaß später neu zu decken sein. Eine solche Scheint aber dem Finanzministerium untragbar und als nicht zu verantwortend aus folgenden Gründen: 1. Der staatliche Haushalt für 1925 ist bereits durch die persönlichen Aufwendungen überlastet; 2. Der kommende Finanzausgleich droht nach den bereits bekannt gewordenen Absichten des Reiches zu einer wesentlichen Verzögerung der jetzt schon unzulänglichen Einnahmen des Landes zu führen; 3. Die Belastungen aus dem Dawesgutachten werden sich erst von 1928 ab voll auswirken, müssen aber schon jetzt ins Auge gefaßt werden; 4. Die gesamte mittlere Beamtenschaft wird mit ähnlichen Forderungen auf höhere Vorbildung und Befoldung kommen. Dadurch würden weitere große finanzielle Aufwendungen entstehen.

Nimmt man all das zusammen, so bleibt nichts übrig, als die bisherige seminaristische Ausbildung der Lehrer unter Vornahme von Verbesserungen bestehen zu lassen. Daß dabei einige Seminare geschlossen werden können, kann sein.

Sur Aufwertung

Man schreibt uns: Fast täglich gehen durch alle Zeitungen Aufwertungsartikel, un' zurzeit scheint es, als ob die Aufwertungsfrage für den neuen Reichstag über den Wahlkampf hinaus Bedeutung gewinnen sollte. Da scheint es nicht unbillig, zu betrachten, ob und wie aufgewertet werden könnte.

Zunächst die Aufwertung durch den Staat. Dieser scheint in erster Linie zur Aufwertung verpflichtet zu sein, denn er hat die Inflation verursacht und hat den größten Nutzen aus derselben gehabt. Es ist für die Beurteilung gleichgültig, welche Personen die Verantwortung für die Inflationschäden tragen, und ob der Staat sichtbare Vorteile aus der Inflation bzw. aus der Beendigung derselben gezogen hat. Einen direkten Nutzen hat er deswegen gehabt, weil er seine alten Schulden durch die Einführung der Goldmark und Vernichtung der Papiermark los wurde. Ein Privatunternehmen dürfte sich eine derartige Aktion niemals erlauben, aber gerade weil das der Fall ist, kann der Staat nicht seine Schulden einfach streichen.

Die Steuernotverordnungen, welche die Inflationsverpflichtungen regeln sollen, haben aber, besonders soweit sie sich um Staatsschulden drehen, die Verzerrung noch größer gemacht und das moralische Empfinden aufs tiefste verletzt. Bis heute ist, soweit bekannt ist, eine Verordnung des Reiches und der Bundesstaaten, wonach deren alte Schulden für vollständig nichtig erklärt worden sind, noch nicht erlassen. Es gibt wohl keinen Staat, der bis jetzt eine derartige Maßnahme getroffen hätte. Selbst die früheren notleidenden Staaten haben bis zu einem gewissen Grade ihre alten Schulden wieder anerkannt, und das müssen auch das Deutsche Reich und seine Bundesstaaten tun.

Bei den Bundesstaaten denken wir vornehmlich an die Eisenbahnanleihen. Für die württembergischen und badi-schen Eisenbahnobligationen haftet die Bahn, die nun vollständig unbelastet in die Reichsbahn-A.G. eingebracht wurde, unbelastet deshalb, weil man die Eigentümer der Obligationen einfach entrechtete. Da sagt sich doch jeder Kaufmann, für dieses Einbringen muß doch dem Reich etwas gutgebracht worden sein, und das muß mindestens den Obligationären zur Verfügung stehen.

Bei den Städten ist es ähnlich. Mit dem Geld, für das seinerzeit die Stadtobligationen ausgegeben wurden, sind bleibende Werte, Schulhäuser, Rathäuser, Schlachthäuser usw. geschaffen worden, und nun sollen diese Vermögenswerte den Städten ohne irgendwelche Entschädigungen überlassen werden. Das muß doch die Rechtsbegriffe des Volkswirtschaften verwirren. Wir beobachten aber auch, daß in Industrie, Handel usw. Aufwertungsmöglichkeiten bestehen, die nicht ohne weiteres ausgenützt werden können. Beispielsweise zunächst unsere Industrieobligationen. Diese sollen natürlich auch mit verhältnismäßig geringen Quoten aufgewertet werden, obwohl, besonders, soweit sie hypothekarisch gesichert sind, Gegenwerte dafür vorhanden sind, die eine höhere Aufwertung gewährleisten. Eigenartige Gefühle werden ausgelöst, wenn wir die Aktienbewertung betrachten. Gesellschaften, von denen bekannt ist, daß sie durch Neubauten und Reinvestitionen während des Krieges und danach und während der Inflationszeit den Wert ihrer Substanz bedeutend vermehrt haben, beschließen die Zusammenlegung des Aktienkapitals und finden manchmal in direkt lächerlicher Weise ihre alten Aktionäre ab, daß so der Wülfür der Verwaltungen preisgegeben sind. Auch bei den Handelsgesellschaften ist es in den meisten Fällen so, daß Substanzverluste in dem Ausmaß, wie sie beispielsweise die Banken und Sparkassen und die Rentner durch die Inflation erlitten haben, nicht eintreten konnten, denn die meisten derartigen Gesellschaften haben durch Kreditinsprache ihre Warenlager usw. nicht wesentlich verkleinert, sondern vielfach auf dem gleichen Stand erhalten, wenn gar vergrößert. Es ergibt sich nun die Frage, wie eine derartige

Substanzvermehrung und Erhaltung zu Gunsten der durch die Inflation Geschädigten ermittelt werden kann.

Die einfachste Lösung hierfür ist die Steuererklärung. Die Steuererklärung für die Vermögen von 1913 liegt ja bei den Finanzämtern auf. Eine Steuerklärung per 1924 würde unter Anwendung der gleichen Grundsätze wie für die Vermögensausstellung von 1913 zu einem Nachweis über die Vermehrung oder Verminderung dieser Vermögen führen. Natürlich müßten, um die Richtigkeit dieser Vermögensausstellungen für 1924 zu erreichen, drakonische Strafen und Nachprüfungen eingeführt werden. Es soll nur gesagt werden, daß den Finanzämtern die Durchführung dieser Aufwertungsaktion natürlich nicht übertragen werden könnte, denn der Apparat würde zu schwerfällig, zu langsam und zu kompliziert arbeiten, außerdem würde aber der Zweck nicht erreicht. Diese Aufgabe muß großartig angefaßt werden und nicht in der Weise, daß man arme Witwen um die Feststellung einiger Pfennige quält, sondern daß man da angreift, wo wirklich Mittel vorhanden sind, und das kann nur der erfahrene Geschäftsmann sehen. Die Durchführung dieser ganzen Aktion müßte erfahrenen, ehrlichen, vereidigten, ehrenamtlich tätigen Männern bezirksweise übertragen werden.

Man hat früher öfter gehört, daß es nicht nötig sei, der gegenwärtigen Generation die ganzen Verluste für den verlorenen Krieg aufzubürden. Das würde dadurch erreicht. Diese Ausführungen sollen durchaus nicht einen vollständig fertigen Plan darstellen, aber sie sollen ihn umreißen, und jeder Einsichtige und Verständige wird finden, daß auf dieser Basis eine Aufwertung auch ohne Mitwirkung des Staates für die nicht durch Staatsanleihen entstandenen Verluste gefunden werden könnte.

Die Erlangung der Aufwertung der Hypothekensparbriefe und Hypotheken überhaupt würde auf diese Weise ihre Regelung mifflinden. Auf diese Weise würden auch den Sparkassen und anderen sich mit dem Spargeschäft befassenden Instituten Mittel zur Aufwertung an die Hand gegeben. Eigenartig mutet es heute an, wenn in den Tageszeitungen oder durch sonstige Anklagungen die Einleger öffentlicher Sparkassen aufgefordert werden, ihre Guthaben zur Aufwertung anzumelden. Auf das Sparkassenbuch wird ein Stempel gedrückt: „Zur Aufwertung angemeldet“ und das Datum dazu geschrieben. Ein derartiger Stempel verpflichtet die Sparkassen zu nichts, denn sie können ja erst aufwerten, wenn sie etwas zu diesem Zwecke besitzen. Ein derartiges Vorgehen ist also nicht geeignet, wenigstens bei Leuten, die etwas verstehen, das Vertrauen zu erhöhen und den Spartrieb wieder anzuregen. Wir sind der Meinung, daß jede Sparkasse und jedes Institut, das Spargelder heringekommen hat, nicht nur für die angemeldeten Guthaben, sondern für alle Spareinlagen, die sich am 31. Dezember 1923 dort befanden, wenn es ihre Mittel gestatten, zur Aufwertung verpflichtet ist.

Pantes Mertei

„Die gefräßigen Berliner“. An der Spitze der „Newport Times“ am 1. Januar wird mitgeteilt, daß zu Neujahr in Berlin eine Million Berliner Pfannkuchen verzehrt worden seien. Es folgt eine genaue Beschreibung dieses Gebäcks. Auch sei, trotzdem sich die Fleischpreise seit Kriegszeiten verdoppelt hätten, eine solch enorme Nachfrage darnach gewesen, daß die Schifffahrt gänzlich durch den Transport dieses Nahrungsmittels während der Weihnachtswoche in Anspruch genommen gewesen sei. — Wenn Berlin nur einen einzigen Einwohner hätte, so wären eine Million Pfannkuchen freilich zu viel. Da es aber gegen vier Millionen zählt, so bedeuten eine Million Pfannkuchen eigentlich keinen „Verstoß gegen die Kriegsschulden“. Doch die Zeitung verschweigt das, weil die Million Pfannkuchen sonst erheblicher weniger sensationell an der Spitze des Blattes wirken würde.

Bekings Präsident erkrankt. Die an Sonnabend vorgenommene Operation ergab, daß er an Lebertrebs erkrankt ist. Sein Zustand wird als hoffnungslos bezeichnet.

Erstaunlich. Frau Schiebigki und Frau Bieske gehen über den Wochenmarkt. Ein fliegender Händler bietet Kömme an: „Jimmer heron, meine Herrschaften! Hochseine Haarkämme! Alles Konkurrenzmasse! Spottbillig!“ — „So so was möglich?“ sagt Frau Schiebigki zu Frau Bieske, „seht der Kerl Konkurrenzmasse, und als ich vor fünf Minuten vorbeikam, sagt er, es wäre Konkurrenzmasse!“ (Krieg. Bl.)

Dem Oberamtsbezirk Calw.

Die Maul- und Klauenseuche ist in Gchingen ausgebrochen. Sperrbezirk ist Gchingen, Beobachtungsgebiet Obelsheim und Dachtel. In den 15-Km.-Umkreis um den Seuchenort sollen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks Calw mit Ausnahme von Bergarte, Richthalben, Hornberg, Zwerenberg, Neuwieser, Agenbach, Oberkollwangen, Martinmooß und Unterreichenbach.

Gandel und Verlehr

Künftige Berliner Postenliste vom Dienstag, den 27. Januar
Die Karte verbreiten sich in Billionen Papiermark

	26. Geld 26. Brief 27. Brief	26. Geld 26. Brief 27. Brief		
Stenos Ares 1 Pap. Bilo	1,681	1,695	1,685	1,689
London 1 Pfund Sterling	20,142	20,102	20,114	20,154
Neumark 1 Dollar	4,195	4,295	4,195	4,295
Brüssel 100 Franken	21,54	21,69	21,69	21,75
Amsterdam 100 Gulden	169,19	169,81	169,19	169,61
Christians 100 Kronen	64,19	64,25	64,21	64,37
Italien 100 Lire	17,90	17,94	17,90	17,88
Kopenhagen 100 Kronen	75,01	75,19	74,99	75,17
Berlin 100 Franken	22,64	22,79	22,68	22,83
Paris 100 Franken	12,402	12,512	12,46	12,50
Schwiz 100 Franken	81,00	81,20	80,98	81,18
Spanien 100 Peseten	26,78	26,82	26,76	26,87
Wien 100 Kronen	2,907	2,927	2,909	2,929

Berliner Börse, 27. Jan. Die Börse war am Montag zurückhaltend, hülferlos und fest. Man erörtere besonders die Note der Entrust in der Abrechnungstrasse und auch die innerpolitischen Zusammenhänge. Die Spekulation war zu Abhandeln geneigt.
Baukammer Börse, 27. Jan. An der Börse kam heute eine etwas schwächere Bezahlung zum Ausdruck. Die Bezahlung war in einer

Allgemeine Heilungslage der Bevölkerung. Das angebotene Material fand insofern glatte Aufnahme, jedoch die eingereichten Studien beiderlei Vorkommen.

Stuttgarter Börse, 27. Jan. Die Tendenz war unbestimmt, der Kurs der Aktien jedoch fest. Die Spekulation beharrte ziemlich zurückhaltend und das Publikum war auch nicht mit größeren Käufen am Markt.

Wannheimer Produktionsliste, 26. Jan. Weizen Inland 26,50-27, Ausland 26-28, Roggen Inland 26-28, Ausland 26,75, Branntöl 26,50-27,50, Mais gelb mit Saft 25,00, Weizenmehl 17,50, Desiggenmehl Spezial 0 43-44,75, Roggenmehl 35-44,50, Weizenmehl 13,50, Tendenz fest.

Berliner Produktionsliste, 27. Jan. Weizen märk. 264-270, Roggen märk. 201-207, Sommergerste 290-310, Wintergerste 230-232, Hafer märk. 194-204, Mais loco Berlin 225-227, vor 1000 Klar, Weizenmehl feine Marken über Reichsbesahl 33,75-35,75, Roggenmehl 33,50 bis 35,50, Weizenmehl 17,40, Roggenmehl 17,30, Mais 405, Weizenmehl 410-420, Viktoriaerbsen 29-35, Kl. Bohnen 21-22, Futtererbsen 22-24, Weizen 19-21, Ackerbohnen 21-22, Tendenz: behauptet.

Wannheimer Schlachttiermarkt, 26. Jan. Inverkauft waren und wurden für 50 Rilo dem für das Vieh geschlachtet: 194 Cöhlen 22-22, 72 Bullen 22-46, 612 Rinder 10-24, 207 Kälber 52-72, 92 Schafe 24-40, 1792 Schweine 60-78, 214 Arbeitspferde 600-2000, 42 Schlachtpferde 60-150, Tendenz: Mit Großvieh mittelmäßig, geräumt, mit Kälbern lebhaft, ausverkauft, mit Schweinen ruhig, Lederbamb, Arbeitspferde mittelmäßig, Schlachtpferde ruhig.

Stuttgarter Schlachttiermarkt, 27. Jan. Inverkauft wurden: 42 Cöhlen, 12 Bullen, 190 Jungebullen, 101 Jungkinder, 50 Rinde, 575 Kälber, 1220 Schweine, 8 Schafe. Unverkauft blieben: 7 Cöhlen, 2 Bullen, 6 Jungebullen, 30 Jungkinder, 120 Schweine. Es notierten per 100 Rilo, Lebendgewicht in Goldmark: Cöhlen ausgemästet und vollfl. 42-48, Heilschl 32-38, geringe gemästete 20-30; Bullen ausgemästet und vollfl. 42-48, Heilschl 32-38, geringe gemästete 20-30; Jungkinder ausgemästet und vollfl. 40-54, Heilschl 30-45, geringe gemästete 20 bis 30; Rinde ausgemästet und vollfl. 28-38, Heilschl 17-27, geringe gemästete 12-16; Kälber feinste Wahl- und beste Saugkälber 65-74, mittlere Wahl- und gute 61-68, geringe 50-55; Schafe Fleischschaff 65-68; Schweine von 200-240 Pf. 70-78, 160-200 Pf. 72-74, 120 bis 100 Pf. und unter 120 Pf. 65-72; Sauen 55-60. Verkauf des Marktes: langsam, Heberlauf.

Riesbacher Meisen, 27. Jan. Zufuhr: 30 Bullen, Umsatz: 20 Vol. Len. Preis unverändert, Umsätze geringe, Tendenz ruhig.

* Altensteig, 28. Jan. (Holzerlöb.) Bei dem gestrigen Nadelholzstangen- und Papierholzverkauf des staatl. Forstamts wurden erzielt für Stangen: 157,7 Proz., für Papierholz: 1. Kl. 18,60 M., 2. Kl. 15,50 M., 3. Kl. 12,40 M. pro Nm.

* Pfalzgrafenweiler, 25. Jan. (Holzerlöb.) Das Forstamt erzielte am 23. Jan. für Nadelholzstangen bei einem Gesamterlös von 7051 M. einen Gesamterlös

von 10880,80 M., was einem Durchschnittserlös von 154 Prozent der Landesgrundpreise entspricht. Für Baumstangen wurde durchschnittlich bezahlt je für 1 Stück: 1a Kl. 2,51 M., 1b Kl. 1,71 M., 2. Kl. 1,10 M., 3. Kl. 83 Pf., für Baumstangen 1. Kl. 85 Pf., 2. Kl. 58 Pf., 3. Kl. 42 Pf., für Hopfenstangen 1. Kl. 44 Pf., 2. Kl. 35 Pf., 4. Kl. 26 Pf., 5. Kl. 15 Pf., für Bohnensteden 4 Pf., für Rebsteden 1. Kl. 7 Pf., 2. Kl. 4 Pf.

* Pforzheimer Schlachttiermarkt vom 26. Januar. Auftrieb: 28 Ochsen (unverkauft 1) 12 Rinde, 12 Kinder (2), 9 Ferkel (3), 328 Schweine (36), Marktverlauf: lebhaft. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 46-48, Kinder 1. 48-52, Ochsen und Kinder 2. 38-42, Rinde 25-42, Ferkel 40-48, Schweine 75-78. Die Preise gelten für nächsten gemogene Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab. Stall für Frucht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Letzte Nachrichten.

Staatssekretär Trendelenburg nach Berlin berufen.

WTB. Berlin, 27. Jan. Auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung standen verschiedene Fragen, darunter die über die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. Das Kabinett beschloß, den Staatssekretär Dr. Trendelenburg zur Berichterstattung nach Berlin zu berufen.

Eine Abfrage des Zentrums in Preußen.

WTB. Berlin, 28. Jan. Zur Frage der Regierungsbildung in Preußen nimmt die „Germania“ heute in einem Leitartikel Stellung. Das Blatt erklärt, daß für das preussische Zentrum allein die Sachlichkeit und die staatsbürgerliche Einstellung maßgebend bleibe. Der Art. wendet sich dann in längeren Ausführungen gegen die Haltung der Rechtspresse, vor allem gegen die Drohung mit einer

Landtagsauflösung, und erklärt, daß eine solche Abfrage der Zentrumspartei nur angenehm sein könne. Schließlich wird gesagt, daß sich das Zentrum nicht würde machen lassen werde und daß die Zentrumspartei in Preußen das Experiment Luther insbesondere nach der am Freitag und Sonnabend abgehaltenen Aussprache mit den Parteivorstehenden im Lande nicht wiederholen werde.

Eine neue Kampfanzeige der Sozialdemokratie gegen das Kabinett Luther.

Berlin, 28. Januar. Die Berliner soz. Partei veranstaltete gestern gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Berliner Sportpalast eine Kundgebung für die Republik. Der Berliner Bezirksverbandsvorsitzende Bartels und Reichstagspräsident Lohse sprachen über die innere Politik. Ihre Ausführungen gipfelten in einer Kampfanzeige der Sozialdemokratie gegen das Kabinett Luther. Während der Reden kam es zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten zu heftigen Zusammenstößen, die sich nach der Kundgebung fortsetzten, auch zwischen Sozialisten und Kommunisten. Es gab zahlreiche Verletzte, besonders unter den Reichsbannerleuten.

Ansprüche aus dem Weltkrieg.

WTB. Washington, 28. Jan. Die deutsch-amerik. Kommission für die aus dem Weltkrieg entstandenen Ansprüche veröffentlichte eine Liste, wonach Forderungen im Gesamtbetrag von 1 1/2 Millionen Dollar bewilligt wurden.

Die Kämpfe in China.

WTB. Schanghai, 28. Jan. Linung-Hsiang rückte nach der Einnahme von Wusin weiter vor. Gegenwärtig wird um Sutschau gekämpft.

Sunpatz'ns †.

WTB. Schanghai, 27. Jan. Ein Pekinger Telegramm an die japanische halbamtliche Nachrichtenagentur meldet den Tod Sunpatz'ns.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut. Druck und Verlag der W. Rieferschen Buchdruckerei, Altensteig.

Mittheilung Veranmahnung

Erwerbslosenfürsorge.

Durch Beschluß des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises Nagold sind gemäß § 34 Abs. 2 der V.O. über die Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 1. Februar 1925 auf 0,5 Proz. des Grundlohns — die Hälfte der bisherigen Sätze — herabgesetzt worden. Hiernach betragen die Zuschläge zur Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge wöchentlich

in Lohnstufe 1 und 2	4	3	6
" "	3	6	3
" "	4	8	3
" "	5	10	3
" " 6 und 7	12	3	
" "	8	14	3
" "	9	16	3

Diese Zuschläge sind vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte zu tragen, sie werden von der Allgem. Ortskrankenkasse mit den Krankenkassenbeiträgen eingezogen.

Nagold, den 27. Januar 1925.

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses:
Oberamtmann Baitingger.

Gemeinde Ettmannsweiler.



Langholz-Verkauf.

Am Samstag, den 31. Januar 1925, nachmittags 2 Uhr kommen auf dem Rathaus aus verschiedenen Abteilungen des Gemeindevorstandes in 2 Lose getrennt, im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

140 Lannen und Fichten mit 73,56 Festm.
164 Stück Forchen mit 107,59 Festm.

Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

REICHSBUND

d. Kriegsbesch. u. Nr. Hinterbl.

Sonntag, 1. Febr., 2 Uhr m.

Generalversammlung

bei Albert Luz hier.

Karlstag

Alle Karl

und deren Freunde treffen sich heute Abend im Bad.

Altensteig.

Bruchbänder

Bruchbänder

mit und ohne Feder empfiehlt

Ehr. Schmid,
Hut- u. Mäzengeschäft.

Indem ich längere Zeit arbeitsunfähig bin, suche ich einen durchaus selbständigen, mit Maschinen vertrauten

Arbeiter

ev. zur Aushilfe, oder für dauernd. Guter Lohn wird zugesichert.

Schreinermeister Mast,
Ettmannsweiler.

Altensteig.

Gesucht wird für einen besseren Herrn möbliertes

Zimmer

für 1 Familie ohne Kinder 1-2 möblierte

Zimmer

wenn möglich mit Kochgelegenheit.

Zu erfragen bei

Karl Kaltenbach junior.

Verloren

ging gestern Abend vom Bahnhof b. L. Luz einem Rinde eine Geldmappe mit 5 Mark-Schein. Bitte abzugeben in der Geschäftsst. ds. Bl.

Altensteig.

Einen schönen, 16 Monate alten

Zuchtfarren

(Rotgelbschek) im Herdbuch eingetragen, sehr dem Verkauf aus

Karl Bauer.

Suche auf 1. März für Haus- und Landwirtschaft ein braves, eheliches, nicht unter 17 Jahren altes

Mädchen

Gute Behandlung, Fern-Verbindung

Waidelich z. Hirsch Oberweiler.

Mädchen gesucht.

Ehliches, fleißiges Mädchen 18-20 Jahre alt zum sofort. Eintritt gesucht. Schuhhaus Wihl, Treiber, Bad-Weinbad.

Näheres zu erfahren bei Friedr. Wachenhut, Egenhausen.

Landw. Bezugs- u. Absatzgenossenschaft e. G. m. b. H.

Altensteig, Nagold und Umgebung.

Generalversammlung.

Die Generalversammlung der Genossenschaft findet am Lichtmeßfeiertag den 2. Februar 1925 nachmittags um 2 Uhr im Saale des Grünen Baum in Altensteig statt, mit folgender Tagesordnung:

1. Bekanntgabe des Geschäftsberichts und der Jahresbilanz.
2. Beschlußfassung über die Anträge des Aufsichtsrats betr. Entlastung des Vorstandes und Dividendenverteilung.
3. Antrag des Vorstandes auf Abänderung § 3 der Statuten.
4. Antrag: Ab 1. Jan. nur noch ganze Anteilscheine auszugeben.
5. Beschlußfassung über die Erbauung eines Lagerhauses in Nagold.
6. Wahlen für ausscheidende Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats.
7. Vortrag von Dr. Oekonomierat B o h l e r, Calw über die Anwendung von künstlichem Dünger usw.
8. Sonstiges.

Sämtliche Genossenschaftler werden zu dieser Versammlung freundlich eingeladen.

Vorstand: Geschäftsleiter:
Kaltenbach Bauer W. Schneider.

Durrweiler.

Am Samstag, den 31. Januar ds. Js., nachmittags 4 Uhr kommen auf dem Rathaus hier

140 Festmeter Langholz

aus Gemeindevorstand Kernholz im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf.
Der Gemeinderat.

Wer?

etwas zu kaufen sucht,
etwas zu verkaufen hat,
eine Stelle sucht,
eine Stelle zu vergeben hat,
etwas zu vermieten hat,
etwas zu mieten sucht!

inseriert erfolgreich und billig in der
Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen.“

Hunde- Züchter

und Liebhaber empfehle meine erprobten Aufzucht- und Tierpflege-mittel

Schwarzwalddrogerie
Fritz Schlumberger
Altensteig
geg. dem „St. ...“

Union Brikett

empfehlen

Veeh & Ziegler

Tel. 9 Tel. 9

